

Antrag 2024/I/Innen/3

Kreis Nord

Leben retten - keine Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der
- 2 SPD und Punkt 2 an die SPD-Bundestagsfraktion beschließen:
 - 3 1. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wird aufgefordert, einen sofortigen Abschie-
 - 4 bestopp für Jesid*innen in den Irak zu verhängen und sich auf Bundesebene für einen langfris-
 - 5 tigen Schutz vor Abschiebungen aller in Deutschland lebenden Jesid*innen einzusetzen.
 - 6 2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert a. zu prüfen, ob die Frist, bis zu der Jesid*in-
 - 7 nen in Deutschland automatisch Schutz erhalten haben, bis zum 31.12.2024 verlängert werden
 - 8 kann und falls nicht, eine neue Stichtagsregelung zu schaffen, die einen ähnlichen Schutz ge-
 - 9 währleistet.
 - 10 b. zu prüfen, ob ein genereller bundesweiter Abschiebestopp über diese Frist hinaus möglich
 - 11 ist und wenn ja, ihn zeitnah im Bundestag zu beschließen.

12 **Begründung**

13 Content Note/Inhaltswarning: (Sexualisierte) Gewalt und Genozid

14 2014 tötete der sog. IS im Nordirak schätzungsweise 5.000-10.000 Jesid*innen. Tausende Frau-

15 en und Kinder wurden verschleppt, versklavt oder vergewaltigt. Zwischen 2014 und 2017 galten

16 Jesid*innen als verfolgt und akut gefährdet. Dadurch hatten sie in Deutschland einen fast si-

17 cheren Anspruch auf Asyl. Seit 2017 gilt der IS im Nordirak als vertrieben. Doch sicher ist der

18 Nordirak nicht. Zwar spielt die Terrormiliz in der Region keine große Rolle mehr, doch gibt es

19 in der Region immer wieder bewaffnete Kämpfe um die Vorherrschaft zwischen unterschiedli-

20 chen Gruppen. Frieden gibt es im Nordirak nicht und wird es vermutlich auch nicht in näherer

21 Zukunft geben. In diesem Umfeld besteht gerade für Jesid*innen, die im Irak kaum als gleich-

22 wertige Mitglieder der Gesellschaft akzeptiert werden, weiterhin Lebensgefahr. Die Abschie-

23 bung von Jesid*innen in den Irak ist unmittelbar auch die Abschiebung von Menschen in einen

24 Staat, welcher ihnen keine Menschenrechte verspricht.

25 Zu Beginn des Jahres 2023 hatte die Bundesregierung den Völkermord an den Jesid*innen aner-

26 kannt, noch im Frühjahr Abschiebungen in den Irak als unzumutbar bezeichnet. Spätestens aus

27 der Einstufung der Massaker an den Jesid*innen als Genozid ergibt sich daher ein humanitäres

28 Bleiberecht.

29 Menschen, die erst Jahre nach dem Genozid, aber genauso aus einer humanitären Notlage her-

30 aus geflohen sind, bekommen in Deutschland keinen pauschalen Schutz mehr. Nun bestimmen

31 Einzelfallentscheidungen von Gerichten, ob ein*e Jesid*in in den Irak abgeschoben wird oder

32 nicht, da ein Lagebild des Auswärtigen Amtes in Teilen des Iraks nicht mehr von einer gruppen-

33 mäßigen Verfolgung der Jesid*innen ausgeht. Diese Einzelentscheidungen können und dürfen

34 nicht der Weg sein! Jesid*innen, die von einer Abschiebung in den Irak betroffen sind, verlieren
35 ihr Zuhause, ihre Peers, ihre Sicherheit und Menschenrechte.

36 400.000 Jesid*innen sind vor dem Genozid aus dem Irak und Syrien geflohen. Heute leben
37 100.000-200.000 Jesid*innen in Deutschland. Damit bietet Deutschland der größten jesidi-
38 schen Diaspora eine neue Heimat.

39 Die Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen und Thüringen haben auf Länderebene bereits Ab-
40 schiebestopps beschlossen, in NRW gilt dieser speziell für Jesid*innen. Wir brauchen diesen
41 Abschiebestopp bundesweit, nun muss aber auch Hamburg zügig vorangehen und Jesidisches
42 Leben schützen!